

Kein Platz für Flüchtlinge? Eine empirische Untersuchung der Ausgrenzung Geflüchteter am Beispiel der Stadt Bautzen

Kurtenbach, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kurtenbach, S. (2019). Kein Platz für Flüchtlinge? Eine empirische Untersuchung der Ausgrenzung Geflüchteter am Beispiel der Stadt Bautzen. *Raumforschung und Raumordnung / Spatial Research and Planning*, 77(4), 367-382.
<https://doi.org/10.2478/rara-2019-0029>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Kurtenbach, Sebastian

Article

Kein Platz für Flüchtlinge? Eine empirische Untersuchung der Ausgrenzung Geflüchteter am Beispiel der Stadt Bautzen

Raumforschung und Raumordnung / Spatial Research and Planning

Provided in Cooperation with:

Leibniz-Forschungsnetzwerk R – Räumliches Wissen für Gesellschaft und Umwelt

Suggested Citation: Kurtenbach, Sebastian (2019) : Kein Platz für Flüchtlinge? Eine empirische Untersuchung der Ausgrenzung Geflüchteter am Beispiel der Stadt Bautzen, Raumforschung und Raumordnung / Spatial Research and Planning, ISSN 1869-4179, Sciendo, Warsaw, Vol. 77, Iss. 4, pp. 367-382,
<http://dx.doi.org/10.2478/rara-2019-0029>

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/222204>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Sebastian Kurtenbach*

Kein Platz für Flüchtlinge? Eine empirische Untersuchung der Ausgrenzung Geflüchteter am Beispiel der Stadt Bautzen

No place for refugees? An empirical study of the exclusion of refugees citing the city of Bautzen (Germany) as an example

<https://doi.org/10.2478/rara-2019-0029>

Eingegangen: 26 Mai 2018; Angenommen: 26 März 2019

Zusammenfassung: Der Beitrag untersucht, wie es in einer Mittelstadt Normalität wird, Geflüchtete auszugrenzen. Dazu wird das analytische Modell feindseliger Orte formuliert, welches die Ausgrenzung der als fremd markierten Gruppe erklärt. Voraussetzung ist eine Normalitätsverschiebung, wodurch sich die Normen einer (Stadt)gesellschaft so justieren, dass Ausgrenzung als legitim erscheint. Am Beispiel der ostsächsischen Stadt Bautzen werden mittels einer vorgelagerten Untersuchung des lokalen Diskurses sowie der Auswertung von 106 leitfadengestützten Interviews sowohl die Normalitätsverschiebung als auch die Ausgrenzung Geflüchteter, verstanden als Kontexteffekt, untersucht. Das Ergebnis zeigt, dass es in Bautzen zu einer Normalitätsverschiebung gekommen ist und die Ausgrenzung Geflüchteter von weiten Teilen der Bevölkerung als legitim angesehen oder nicht sanktioniert wird. Geflüchtete berichten von Ausgrenzung und Gewalt in unterschiedlichen Arenen wie Bildungseinrichtungen, dem öffentlichen Raum oder dem ÖPNV. Der Beitrag schließt mit der Formulierung weitergehenden Forschungsbedarfs und der Frage, welche sozialstrukturellen Dynamiken Voraussetzung zur Herausbildung eines feindseligen Ortes sind.

Schlüsselwörter: Flüchtlinge, Kontexteffekte, Stadtsoziologie, Konflikt, Normalität, Bautzen

Abstract: The paper discusses how it becomes common behaviour to exclude refugees in a middle-town. Therefore, an analytical model of hostile social spaces is formulated, which explains the exclusion of branded foreign groups. Precondition is a change in what is considered as a normal social behaviour. Through this, the newly developed collective norms of a local society justify the exclusion of specific groups such as refugees. Using Bautzen (Germany) as an example, the local discussion about refugees as well as their perception is debated. Therefore, the discourse about refugees and violence against them is analysed in newspaper articles as well as in minutes of political debates. In the center of the analysis are 106 semi-structured interviews with various social groups. So, the change of normality as well as the contextual effect, operationalized as the exclusion of refugees, are analysed. The results show a change of what is looked at as normal as well as that the exclusion of refugees is justified and not sanctioned in wide parts of the local society. Refugees report of exclusion and violence in different arenas like

*Corresponding author: Dr. Sebastian Kurtenbach, Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen, Robert-Koch-Straße 30, 48149 Münster, Deutschland, E-mail: kurtenbach@fh-muenster.de

educational institutions, public spaces or the public transport network. The paper ends concluding additional need for research defining which sociostructural dynamics are preconditions for the developing of hostile places.

Keywords: Refugees, Context effects, Urban sociology, Conflict, Normality, Bautzen

1 Einleitung

Die verstärkte Aufnahme Geflüchteter in Deutschland in den Jahren 2014 bis 2016 wird bis heute von politischen und gesellschaftlichen Debatten begleitet. In einigen, vor allem – aber nicht nur – ostdeutschen, Kommunen kam es im Zuge dessen zu massiven Protesten. Mittlerweile liegen erste empirische Ergebnisse zu den teils rassistischen Diskursen im Vorfeld der Unterbringung Geflüchteter vor (Glorius/Schondelmayer/Dörfe 2018). Allerdings sind bislang noch keine empirischen Erkenntnisse über die räumlichen Dynamiken der Ausgrenzung Geflüchteter vorhanden. Dazu adressiert der vorliegende Beitrag zwei Forschungslücken:

Erstens ist es fraglich, ob die in Großstädten gewonnenen Ergebnisse zu Kontexteffekten von Wohngebieten – vor allem zum Verhältnis zwischen Zuwanderern und länger Ansässigen (Blasius/Friedrichs/Klößner 2008; Weber 2015) – sich ohne Weiteres auch auf andere Kontextebenen, wie die Gesamtstadt, übertragen lassen. Für eine solche Perspektive eignen sich, aufgrund der relativen Übersichtlichkeit, besonders nichtgroßstädtische Kontexte als Untersuchungseinheit. Augenmerk liegt dabei vor allem auf der sozialkulturellen Dimension in Form kollektiver Normen (Coleman 1990: 292 f.; Paluck/Shepherd 2012), welche die Ausgrenzung von Geflüchteten legitimieren. Mit der gesamtstädtischen Perspektive geht auch die Konsequenz einher, dass es für ausgegrenzte Gruppen kaum Rückzugsorte gibt und, im Falle kollektiver Diskriminierungshandlungen, die Gesamtstadt als Ort der Ausgrenzung erlebt werden könnte. Zweitens wurde das Verhältnis von Konflikt und Raum aus einem eher kriminologischen Blickwinkel beleuchtet (z. B. Wikström/Oberwittler/Treiber et al. 2012). Ob der Raum durch die Wahrnehmung kollektiver Normen einen eigenständigen Effekt auf das Auftreten von Konflikten hat, wurde bislang nicht hinlänglich geprüft.

Konflikte sind nicht nur objektive Tatsachen (Simmel 1996). Eine Schlägerei kann beispielsweise politisch motiviert sein, muss es aber nicht. Daher ist es notwendig, Deutungen von Konflikten, und wie soziale Gruppen diese wahrnehmen, zu untersuchen. Denn durch Deutungen können konstruierte gruppenbezogene Status-

unterschiede herausgelesen werden. Für die Analyse solcher Unterschiede ist die räumliche Perspektive ein geeigneter Analyserahmen. Eine grundlegende Annahme der Arbeit ist, dass Konflikte, welche zur Folge haben, dass einzelne Gruppen ausgeschlossen werden, von der Mehrheitsgesellschaft legitimiert werden können. Im Falle der Analyse der Ausgrenzung Geflüchteter kann dies bedeuten, dass vorherige Randgruppen, wie Rechtsextreme, sich bestärkt fühlen, ausgrenzend zu handeln. Für Geflüchtete hat dies zur Folge, dass sie Ausgrenzung bis hin zu Gewalt von extremen Gruppen ausgesetzt sind und zugleich wenig Schutz oder Solidarität von der Mehrheitsbevölkerung erleben. Es kommt demnach zu einem impliziten Schlußschluss zwischen radikalen Gruppen und solchen, die der gesellschaftlichen ‚Mitte‘ angehören.

Übertragen auf räumliche Kontexte folgt daraus, dass sich eine Stadt einer Gruppe, die dort dauerhaft Ausgrenzung und Bedrohung erlebt, als feindseliger Ort präsentiert. Städte sind mehr als geographische Kategorien, sie sind auch soziale Einheiten (vgl. Löw 2001). Dazu gehört unter anderem, dass es eine Wahrnehmung kollektiver Normen in einem Gemeinwesen geben kann, welche Verhaltensweisen legitimieren oder sanktionieren (Sampson/Raudenbush/Earls 1997). Damit kommt dem Raum selbst ein eigenständiger Effekt bei der Ausgrenzung spezifischer Gruppen, wie Geflüchteter, zu. Die forschungsleitende Frage lautet: Wie wird eine Stadt zu einem feindseligen Ort und wie wirkt der Raum auf die Rechtfertigung von gruppenbezogenen Konflikten?

Die Fokusgruppe sind Geflüchtete, der Forschungskontext ist die Stadt Bautzen in Sachsen. Das Fallbeispiel wurde *a priori* festgelegt, da es im Zuge der Unterbringung Geflüchteter seit 2014 vor Ort zu Protesten und Konflikten zwischen länger Ansässigen und Geflüchteten kam. Dabei reichten die Auseinandersetzungen von Demonstrationen gegen Flüchtlingsheime, über einzelne gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Geflüchteten, bis hin zu einer Hetzjagd auf Geflüchtete und deutsche Unterstützer im September 2016. Der Untersuchungsgegenstand ist der Kontexteffekt auf die Legitimation der Ausgrenzung Geflüchteter, die Kontexteinheit ist der gesamtstädtische Rahmen. Es wird angenommen, dass länger Ansässige es als

legitim oder nicht bemerkenswert ansehen sollten, wenn Geflüchtete ausgegrenzt werden.

Im folgenden Kapitel wird der Forschungsstand diskutiert, um daraus ein Modell feindseliger Orte abzuleiten, welches den Referenzrahmen für die empirische Untersuchung bildet. Das empirische Design und die Beschreibung des Fallbeispiels werden in den anschließenden Kapiteln vorgestellt. Daraufhin werden 106 leitfadengestützte Interviews mit vier Gruppen ausgewertet, um Einblicke in die lokalen Deutungen von Konflikten zwischen Geflüchteten und länger Ansässigen zu erhalten. Abschließend wird die Forschungsfrage beantwortet und das Modell feindseliger Orte im Lichte der empirischen Ergebnisse diskutiert.

2 Forschungsstand

Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden drei unterschiedliche Diskurse verbunden: erstens, Arbeiten zu räumlichen Kontexteffekten, zweitens, die Veränderung von Normalität als Erklärungsansatz zur Legitimation von Gewalt gegen eine spezifische Gruppe, drittens, da es sich um die Ausgrenzung einer spezifischen Gruppe handelt, werden raumbezogene Studien zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einbezogen.

2.1 Räumliche Kontexteffekte

Die Frage, ob der Raum, meist operationalisiert als Stadtteil oder Nachbarschaft, einen Effekt auf die Lebenschancen seiner Bewohner hat, beschäftigt die soziologische Stadtforschung seit ihren Ursprüngen. Beispielsweise führt das Aufwachsen in einem armutsgeprägten Stadtteil dazu, dass Menschen in ihrem weiteren Leben voraussichtlich ein geringeres Einkommen haben werden. Wenn jedoch in frühen Jahren ein Fortzug in einen sozial gemischten Stadtteil stattfindet, ist dieser Effekt deutlich abgemildert (Chetty/Hendren/Katz 2016). Der intergenerationelle Verbleib in Armut wird demnach auch durch die jeweilige Wohnumgebung mitbestimmt. Mittlerweile wurden zahlreiche unterschiedliche Typen bzw. Mechanismen von Kontexteffekten voneinander differenziert und untersucht (Friedrichs 2014) sowie unterschiedliche theoretische Modelle formuliert, wie der räumliche Kontext Wirkung entfalten kann (Häußermann/Schwarze/Jaedicke et al. 2010: 17 f.). Zumeist handelt es sich um Studien, welche die Wirkung der Sozialstruktur auf das Individuum und hier besonders auf die ökonomischen Lebenslagen (Chetty/Hendren/Katz 2016), Bil-

dungserfolge (Galster/Santiago/Stack et al. 2016) oder Kriminalität (Häfele 2013) untersuchen. Nur vereinzelt wird die Wirkung einer als kollektiv wahrgenommenen Norm untersucht (Anderson 1999). „Eine Norm soll [...] als eine Verhaltensvorschrift definiert werden, die mit einer positiven oder negativen Sanktion verbunden ist. Eine Norm ist eine soziale Norm in dem Ausmaß, in dem die betreffende Verhaltensvorschrift von den Mitgliedern einer Gesellschaft als verbindlich erachtet wird“ (Nonnenmacher 2009: 19). Demnach ist eine Norm sowohl individuell, wenn sie sich auf die eigenen Überzeugungen stützt, aber sie kann auch kollektiv bestimmt werden, wenn sie mit der wahrgenommenen Überzeugung von Mitgliedern einer Gesellschaft übereinstimmt. So zeigt sich ein Kontexteffekt sowohl in der Bewertung von Verhalten, wie der Legitimation von Gewalt, z. B. gegenüber Geflüchteten, als auch durch Berichte über erfahrene Gewalt, z. B. aus der Sicht Geflüchteter.

Bei der Auswahl der räumlichen Einheit zur Untersuchung von Kontexteffekten fallen zwei Aspekte auf. Zum einen werden vor allem innerstädtische Kontexte untersucht. In diesen Designs werden Städte in geographische Subeinheiten geteilt und die Informationen zu diesen in Mehrebenenanalysen miteinbezogen (z. B. Galster/Santiago/Stack et al. 2016). Zum anderen sind es vor allem Untersuchungen zu Großstädten (Friedrichs/Blasius 2000 zu Köln oder Kart 2014 zu Bremen). Daher wissen wir nur wenig über Kontexteffekte in nicht-großstädtischen Kontexten und/oder über die Wirkung kollektiv wahrgenommener Normen.

Zwei klassische Arbeiten bieten Anknüpfungspunkte, um gesamtstädtische Kontexteffekte in nicht-großstädtischen Kontexten besser zu verstehen. Zum einen verdeutlicht die Studie zu den Arbeitslosen von Marienthal (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1960), dass kein einheitliches Reaktionsmuster auf extern verursachte Ereignisse innerhalb einer Gemeinde zu beobachten ist. Vielmehr reagieren Menschen auf unterschiedliche Weise auf negativ empfundene Ereignisse, wie z. B. Arbeitslosigkeit, trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen. Zum anderen ist die Arbeit von Elias und Scotson (1990) zu nennen, welche Intergruppenkonflikte in einer industriellen Kleinstadt der 1950er-Jahre in Großbritannien untersuchten. Ihr Ergebnis ist, dass Neuzuwanderer, selbst bei gleichem sozialen Status und alltäglichen Begegnungsorten, von länger Ansässigen ausgegrenzt werden. Entscheidend ist hier die kollektive Norm, die wirkmächtiger ist als individuelle Überzeugungen, sodass die Neuhinzugezogenen ausgegrenzt werden.

Das heißt, dass sowohl die Sozialstruktur der Stadt und ihre Entwicklung als auch die Dauer der Ansässig-

keit einer Gruppe, mitsamt der Deutung von Neuzuwandern, einen Effekt auf die Herstellung eines ‚sozialen Klimas‘ haben, welches ausschließend wirken kann. Durch extern verursachte Ereignisse, wie die Unterbringung Geflüchteter, werden unterschiedliche Reaktionsmuster in einem Gemeinwesen produziert. Auch wird deutlich, dass nicht alle Alteingesessenen einer Stadt direkt diskriminierend handeln müssen. Es sind eher wenige, die von sich aus Neuhinzugezogene exkludieren. Entscheidend ist, dass der Ausschluss spezifischer Gruppen verstärkt wird, wenn die Diskriminierung von der Bevölkerungsmehrheit als legitim angesehen oder nicht sanktioniert wird.

2.2 Die Rolle des Rechtspopulismus bei der Herstellung von Normalität

Mit dem Erstarren des Rechtspopulismus¹ in den vergangenen Jahren wurden auch zahlreiche Arbeiten zu diesem vorgelegt. Zumeist handelt es sich um Arbeiten, die Begrifflichkeiten diskutieren (Jesse/Panreck 2017), Charakteristika herausarbeiten (Wolf 2017), Parteien untersuchen (Bergmann/Diermeier/Niehues 2017) oder Wahlergebnisse analysieren (Vehrkamp/Wegschaidt 2017). Folgen des Einflusses des Rechtspopulismus für das Zusammenleben von Menschen in einem Gemeinwesen sind bislang wenig diskutiert worden. Bemerkenswert ist die Studie von Crandall, Miller und White (2018). Hier wird der Anstieg von rassistisch motivierter Gewalt im Zuge des Wahlerfolgs von Donald Trump bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2016 untersucht. Das Ergebnis der Analyse zeigt, dass nach der Wahl das Ausgrenzungsverhalten gegenüber Gruppen, die von Donald Trump im Wahlkampf herabgewürdigt wurden, als legitimer erachtet wurde, als vor der Wahl. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Piatkowska und Hövermann (2018). Grundlage ihrer Auswertung ist der European Social Survey² von 2002 bis 2011 und hier 44 Regionen aus Belgien, Finnland, Deutschland, der Slowakei, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Ihre Ergebnisse zeigen, dass dort, wo ein feindseliges Klima (*culture of hostility*), verstanden als verbreitete

Ablehnung gegenüber Minderheiten, existiert, es häufiger zu rassistisch motivierter Gewalt kommt. Jäckle und König (2017) kommen in Bezug auf Deutschland zum selben Schluss und weisen nach, dass ein solch feindseliges Klima positiv mit dem Erfolg rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien zusammenhängt. Die bislang vorliegenden empirischen Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass sich auch Menschen außerhalb des klassischen rechtsextremen Spektrums durch den rechtspopulistisch beeinflussten gesellschaftlichen Diskurs legitimiert gefühlt haben, ausgrenzend gegenüber Geflüchteten zu handeln.

Eine solche Legitimation ist Folge einer ‚neuen Normalität‘. Erzeugt wird sie durch eine Normalitätsverschiebung (Heitmeyer 2003). Ausgangspunkt der Überlegung ist, dass Normalität ein relationales Konstrukt ist und im Spannungsfeld zwischen Akzeptanz und Ächtung ausgehandelt wird (Heitmeyer 2003: 299). Durch den Aushandlungsprozess innerhalb einer Gesellschaft werden Grenzen dessen, was als normal angesehen wird, immer wieder neu verhandelt. Es geht demnach um Deutungen und die daraus entspringenden Handlungen. Denn die Grenzen der wahrgenommenen Normalität, im Sinne kollektiv geteilter Deutungsmuster, können verschoben werden, wobei die Medienberichterstattung über den Diskurs der Verschiebung von Normalitätsgrenzen Vorschub leistet (Heitmeyer 2003: 305). „Das Problem liegt im unhinterfragten Selbstverständlichen, das sich der Wahrnehmung entzieht – und erst sichtbar wird, wenn das Destruktive in spektakulärer Form aufbricht“ (Heitmeyer 2003: 307). Umgekehrt bedeutet dies auch, dass es bei einer Skandalisierung des Alltags, z. B. durch Journalisten oder Wissenschaftler, also einer Hinterfragung der Normalität, zu einer Abwehrreaktion kommt, da internalisierte Normen kritisiert werden (Staud 2007). Das bedeutet, dass die kollektiven Normen eine eigenständige Wirkung auf die Legitimation der Ausgrenzung spezifischer Gruppen gewinnen. Ob die kollektiven Normen eines Gemeinwesens aber von einem rechtspopulistisch geprägten Diskurs beeinflusst werden, ist von den langfristigen Einstellungsmustern der lokalen Bevölkerung abhängig und davon, wie Ereignisse, z. B. der Zuzug Geflüchteter, moderiert werden.

¹ Für Rechtspopulismus liegt bislang keine allgemein akzeptierte Definition vor, sondern vielmehr eine Beschreibung durch Merkmale. Es ist eine spezifische Form des Populismus. Gekennzeichnet ist sie durch einen ausschließenden Charakter, die Zuspitzung national-konservativer Forderungen und einen klaren Autoritarismus (Mudde 2004: 543; Zick/Küpper/Krause 2016: 115).

² <http://www.europeansocialsurvey.org> (01.02.2019).

2.3 Raumbezogene Arbeiten zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Da im Fokus dieser Arbeit die Ausgrenzung Geflüchteter als spezifische Gruppe im Mittelpunkt steht, bedarf es eines Erklärungsansatzes, wie einzelne Gruppen abge-

wertet werden, wofür das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) verwendet wird. Die Ausgangsthese ist, dass in einer liberalen Gesellschaft alle Menschen gleichwertig sind, dies aber nicht von allen Menschen so gesehen wird (Heitmeyer 2002: 16). Danach geraten Menschen alleine aufgrund ihrer zugeordneten oder selbstgewählten Gruppenzugehörigkeit und unabhängig von ihrem individuellen Verhalten in den Fokus von Abwertung, Diskriminierung und Gewalt.

Im Wesentlichen finden sich in den raumbezogenen Studien nach dem Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zwei Ergebnisse. Erstens werden *Effekte der Sozialstruktur* des Ortes auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nachgewiesen. In relativ armen Orten (Wolf/Grau 2012) oder „abwärtsdriftenden Regionen“ (Hüpping/Reinecke 2007) ist die empfundene Anomie der Befragten vergleichsweise hoch, was gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begünstigt (Marth/Grau/Legge 2010). Damit einher geht auch das Argument der empfundenen Entsicherung, was sich in zahlreichen Studien findet (z. B. Wolf/Grau 2012) und offenbar moderiert wird von sozialstrukturellen Faktoren des Ortes. Allerdings ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kein Phänomen, das alleine von einem geringen sozioökonomischen Status abhängt. Grau und Heitmeyer (2011) weisen am Beispiel Bremens nach, dass unter anderem Antisemitismus auch in Wohngebieten mit hohem sozioökonomischen Status verbreitet ist. Zweitens sind *Effekte der Sozialkultur* des Ortes auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit festzustellen. Petzke, Endrikat und Kühnel (2007) zeigen, dass Abwanderung aufgrund nicht vorhandener Infrastruktur und Bildungsmöglichkeiten sowie die Ortsgröße und der Konformitätsdruck gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begünstigen. Wandschneider und Borstel (2012) weisen auf der Grundlage einer Befragung in Dresden (N = 549) nach, dass je höher der Traditionalismus ist, desto stärker ist auch die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Zudem ist offensichtlich das politische Klima, operationalisiert als Wahrnehmung der NPD, ein entscheidender Einflussfaktor auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Marth, Grau und Legge (2010) machen deutlich, dass sowohl die wahrgenommene Bedrohung durch Zuwanderung als auch die Wahrnehmung der NPD vor Ort einen begünstigenden Effekt auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit haben.

3 Feindselige Orte – ein Vorschlag der Charakterisierung

Die drei theoretischen Diskurse bilden komplementäre Erklärungspfade für die Ausgrenzung einer spezifischen Gruppe in einem Gemeinwesen. Die Befunde zu Kontexteffekten zeigen, dass lokale Gegebenheiten, wie die Sozialstruktur, einen eigenständigen Effekt auf die Lebensbedingungen von Menschen haben. Die Ergebnisse zum Rechtspopulismus verdeutlichen, dass sich kollektive Deutungen gegenüber Geflüchteten durch eine Normalitätsverschiebung ändern können. Arbeiten zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ergänzen die sozialstrukturelle Dimension von Kontexteffekten mit kollektiven Normen, welche die Ausgrenzung von Ausländern zu legitimieren scheinen. Diese Ansatzpunkte werden nun zum Modell feindseliger Orte verdichtet. Abzugrenzen ist der Raumtyp von solchen, in denen es keine klaren vorherrschenden Normen gibt und diese so zwischen potenziellen Konfliktparteien situativ ausgehandelt werden (Anderson 1999) oder inklusive und mittelschichtsgeprägte Normen gegenseitiger Solidarität und Vertrauen in der Nachbarschaft dominieren (Sampson/Raudenbush/Earls 1997).

Dem Modell liegt der methodologische Individualismus zugrunde (Coleman 1986). Das bedeutet, dass kollektiv wahrgenommene Normen einen Effekt auf individuelle Normen und damit auch auf Verhaltensweisen haben. Der Effekt selbst liegt demnach in der soziokulturellen Dimension der Legitimation von Verhaltensweisen gegenüber fremd markierten Gruppen durch kollektive Deutungsmuster. In der Literatur finden sich dafür mehrere Ansätze, wie z. B. *legal cynicism*, was beschreibt, dass wenn Menschen in einem Wohngebiet vermehrt negative Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben, Selbstjustiz als legitim angesehen wird (Sampson/Bartusch 1998). Für die Wirkung feindseliger Orte ist demnach entscheidend, ob Menschen Verhaltensweisen von ihrer Umwelt übernehmen oder als legitim ansehen und auf Angehörige einer Gruppe projizieren. Das bedeutet, dass neben Handlungen von *Peers* (Sutherland 1968) auch Verhaltensweisen von Unbekannten legitimiert werden, solange sie im Bezugs-kontext erfahren werden (Kurtenbach 2017) und sich gegen die abzuwertende Gruppe richten. Empirische Befunde weisen darauf hin, dass dies sowohl durch indirekte Interaktionen, wie Beobachtungen, als auch durch direkte Interaktion geschehen kann (Friedrichs/Blasius 2000). Die Legitimation von Verhaltensweisen ist damit an die Akkumulation von Wissen über mögliche Sankti-

onen oder Belohnungen geknüpft, was durch Rückmeldungen von der Umwelt vermittelt wird (Erbring/Young 1979). Wenn demnach gewaltbereite Gruppen das Feedback von ihrer sozialen Umwelt in Form der Wahrnehmung kollektiv geteilter Normen erhalten, dass Gewalt gegen Geflüchtete akzeptabel wird, tritt diese auch verstärkt auf.

Zur Modellierung der Wirkung feindseliger Orte im Hinblick auf die Legitimation der Ausgrenzung spezifischer Gruppen (vgl. Rosenberger/Haselbacher 2016) werden die Voraussetzungen und Merkmale eines Ortes getrennt voneinander beschrieben (vgl. Kalter/Kroneberg 2014). Feindselige Orte weisen drei strukturelle Merkmale auf, welche die Voraussetzung zur Entstehung dieser bilden. Erstens sind negative gruppenbezogene Einstellungen bereits vor ihrer Sichtbarwerdung vorhanden, sodass die Legitimierung von Handlungen auf ein Vorurteilsreservoir aufbauen kann. Ein Merkmal dessen ist auch ein erhöhtes Selbstbild der länger ansässigen Gruppe (Elias/Scotson 1990). Zweitens wirken kollektive Abstiegserfahrungen sowie die Angst vor diesen, z. B. durch Deindustrialisierung oder grundlegende politische Umbrüche, entsichernd (Wolf/Grau 2012), sodass eine Normalitätsverschiebung einfacher vorstättgehen kann. Drittens wird ein Demokratieversagen wahrgenommen. Normsetzende Instanzen, wie Politiker, sind im Alltag kaum erfahrbar und werden als ferne und desinteressierte Elite ohne Dialogbereitschaft gesehen. So kommt es zur Hinwendung zu autoritären Diskursteilnehmern, wie Rechtspopulisten. Tritt nun ein Irritationsmoment auf, kommt es zur sozialen Verunsicherung. Irritation und Verunsicherung ermöglichen es Rechtspopulisten und Rechtsextremen, menschenfeindliche Deutungen zu platzieren und eine Normalitätsverschiebung zu bewirken. Im Windschatten der neuen Normalität, mitsamt eines impliziten Schulterchlusses zwischen extremen Gruppen und solchen, die der politischen ‚Mitte‘ zuzuordnen sind, geht die Legitimation von Gewalt gegen als fremd markierte Gruppen, wie Geflüchtete, einher.

Für den Kontexteffekt „Feindselige Orte“ ist demnach die Normalitätsverschiebung von grundlegender Bedeutung. Begleitet wird sie durch Narrationen autoritärer politischer Gruppen, wie z. B. Rechtspopulisten, wodurch ihnen eine diskursive Legitimationsleistung zukommt (Baldauf/Dittrich/Hermann et al. 2017). Bei indirekten Teilnehmern an Konflikten, wie z. B. Zeugen, besteht das Risiko der Verantwortungsdiffusion. Das bedeutet, dass ein Eingreifen nicht in der subjektiven Verantwortung wahrgenommen wird. Latané und Darley (1970) gehen davon aus, dass der erste Schritt darin besteht,

eine Situation wahrzunehmen, sie dann als negativ zu erkennen und erst aufbauend darauf sich nicht zum Handeln zu entschließen (vgl. Deitch-Stackhouse/Kenneavy/Thayer et al. 2015). Bei einer stattgefundenen Normalitätsverschiebung werden ausgrenzende Handlungen aber nicht als negativ, sondern als legitim und alltäglich wahrgenommen. Selbst wenn es zur Unterstützung von Ausgegrenzten kommt, werden unter diesen Kontextbedingungen Helfer ebenso angefeindet. Die neue Normalität führt auf der Handlungsebene dann zu asymmetrischen Konfliktordnungen. Der ausgegrenzten Gruppe, z. B. Geflüchtete, werden in Konfliktsituationen nicht dieselben sozialen Rechte zugesprochen, wie länger Ansässigen. Setzen sich Angehörige der als fremd markierten Gruppe zur Wehr, erscheint ihre Ausgrenzung noch zusätzlich als legitim und gegebenenfalls steigt das Gewaltpotenzial in Konflikten.

Durch das Modell feindseliger Orte können gesamtstädtische Kontexteffekte auf den Ausschluss spezifischer Gruppen untersucht werden. Folgend wird das empirische Vorgehen vorgestellt und der Untersuchungskontext beschrieben.

4 Vorbereitung der Untersuchung, Datenbeschreibung und Einordnung des Untersuchungskontextes

Die Untersuchung ist in zwei Schritte untergliedert. Erstens wird der Untersuchungskontext Bautzen mittels Daten der amtlichen Statistik sowie aus den GMF-Surveys³ beschrieben. Zweitens werden leitfadengestützte qualitative Interviews ausgewertet, um die unterschiedliche Wahrnehmung und Deutungsmuster auf Konflikte in Bautzen zu untersuchen.

Vorgelagert wurde eine Auswertung von 1.408 Zeitungsartikeln aus überregionalen Zeitungen und Zeitschriften (Der Spiegel, Die Welt, Focus, Frankfurter Rundschau, Stern, Tagesspiegel, taz, Die Zeit) und lokalen Medien (Sächsische Zeitung (Ausgabe Bautzen), Amtsblatt der Stadt Bautzen, Mitteilungsblatt des Land-

³ Hierbei handelt es sich um eine repräsentative Bevölkerungsumfrage mit 3.000 (2001) bzw. 2.000 Teilnehmern (2002 bis 2010). Die beinhalteten Skalen messen die Ablehnung einzelner Gruppen sowie flankierende menschenfeindliche Einstellungen, z. B. den Glauben an Etabliertenvorrechte; vgl. <https://dbk.gesis.org/dbksearch/GDESC2.asp?no=0034&DB=D> (02.02.2019).

kreises Bautzen, Wochenkurier Bautzen, Oberlausitzer Kurier). Dafür wurden sowohl Artikel ab 500 Wörtern aus der Online-Datenbank LexisNexis abgerufen als auch Zeitungsbände des Stadtarchivs in der Stadtbibliothek ausgewertet (N = 1.408). Hinzu kamen 343 Protokolle politischer Gremien auf der überregionalen (Bundestag, Sächsischer Landtag) und lokalen Ebene (Kreistag des Landkreises Bautzen, Stadtrat Bautzen). Sowohl für den medialen als auch für den politischen Diskurs wurde der Betrachtungszeitraum 1. Januar 2014 bis 31. März 2017 festgelegt, da er die Diskussion um die Unterbringung Geflüchteter sowie fremdenfeindliche Gewalt in Bautzen und ihre Bewertung beinhaltet. Im Fokus der inhaltsanalytischen Auswertung standen die Diskussionen und Berichterstattung um die Kristallisationsereignisse, wie dem Brand des Husarenhofs sowie der Hetzjagd auf Geflüchtete im September 2016. Dadurch können Hinweise auf Deutungen zur gruppenbezogenen Legitimation von Gewalt und Ausgrenzung zwischen der lokalen und überörtlichen Ebene herausgearbeitet werden, wodurch gegebenenfalls eine Normalitätsverschiebung identifiziert werden kann.

Beim medialen Diskurs finden sich nur wenige Unterschiede zwischen dem überregionalen und lokalen Diskurs. Das zentrale Ergebnis ist, dass auf der überregionalen Ebene fremdenfeindliche Gewalt häufiger und deutlicher angesprochen wird, auf der lokalen Ebene wiederum der politische Gehalt von Konflikten negiert und Alkohol oder „Eventorientierung“ als Ursachen von Konflikten benannt werden. Deutliche Unterschiede finden sich in den politischen Diskurssträngen. Auf der überregionalen Ebene, welche allerdings nur zu medial viel beachteten Themen, wie die Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Geflüchteten auf dem Kornmarkt im September 2016, über Bautzen debattiert, wird fremdenfeindlich motivierte Gewalt deutlich angesprochen und verurteilt. Auf der lokalen Ebene wird fremdenfeindliche Gewalt in den politischen Gremien nur vereinzelt als solche benannt und zumeist entpolitisiert oder als jugendspezifisches Problem ohne politischen Hintergrund dargestellt. Ob sich diese Normalitätsverschiebung auch in der Deutung von Bewohnern findet, wird im Rahmen dieser Arbeit ebenso untersucht.

Die jüngere Historie der Stadt Bautzen sollte zum Verständnis der aktuellen Situation berücksichtigt werden. Nach der politischen Wende verließen rund 10.000 Einwohner die Stadt, die 2017 noch rund 40.000 Einwohner hatte. In diesem Zeitraum schlossen zahlreiche Industriebetriebe. Die vorhandenen Unternehmen unterliegen häufig nicht der Tarifbindung. An die Seite des produzierenden Gewerbes ist der Tourismus getreten, welcher

auch durch die Sanierung der Altstadt an Bedeutung gewonnen hat. Vor allem jüngere Menschen verließen oder verlassen die Stadt, um beispielsweise ein Studium aufzunehmen. Weiterhin sind Menschen dazu gezwungen, in andere Regionen zur Arbeit zu pendeln, sodass an Werktagen Familien relativ häufig getrennt sind. Nach der Wende kam es zu zahlreichen Verwaltungsreformen, darunter die Kreisgebietsreform 2008. Seither umfasst der Landkreis Bautzen 2.395 Quadratkilometer und ist damit in etwa so groß wie das Saarland (2.569 Quadratkilometer). Auch kreisangehörige Gemeinden wurden zusammengelegt, um eine effiziente Verwaltungsinfrastruktur zu gewährleisten. Parteipolitisch dominierte die CDU lange Zeit die Kommunalpolitik; sie ist seit 1990 die stärkste Partei im Stadtrat. Seit 2015 ist die Dominanz der CDU gebrochen, da mit Alexander Ahrens ein seinerzeit parteiloser Oberbürgermeister gewählt wurde. Bei der Bundestagswahl 2017 gewann die AfD mit 32,8 % der Zweitstimmen im Wahlkreis Bautzen I die meisten Stimmen sowie mit 33,2 % der Erststimmen sogar das Direktmandat. Kontinuität besteht bei rechtsextremen Vereinigungen in der Region. Beispielsweise gab es bis 2012 die Kampagne „Unsterbliche“, in deren Rahmen die Gruppierung „Spreelichter“ Fackelzüge auch durch die Bautzener Innenstadt veranstaltete und einen nationalen Sozialismus propagierte. Auch die NPD war lange in der Region aktiv. Zwar gab es, und das zeigen die Daten aus dem GMF-Survey, bereits vor der Flüchtlingszuwanderung eine relativ starke Ablehnung von Ausländern, doch übertrug sich dies nicht unbedingt auf die Handlungsebene. In der Situation von 2016/2017 allerdings wurden ausgrenzende Verhaltensweisen, bis hin zu Gewalt gegenüber Geflüchteten, von weiten Teilen der politischen Diskursteilnehmer entweder legitimiert oder entpolitisiert und als Eventorientierung von Jugendlichen bagatellisiert. In Tabelle 1 sind einige zentrale Daten zu Bautzen aus der amtlichen Statistik sowie aus dem GMF-Survey zusammengefasst.

Eine Erklärung für die fremdenfeindlich motivierte Gewalt, auch wenn es bereits zuvor Übergriffe beispielsweise auf Sorben gab, ist der kurzfristige Anstieg des Anteils von Ausländern (vor allem Geflüchtete) an der Bevölkerung bei deren zugleich hastiger Organisation der Unterbringung, was einerseits der kurzfristigen Bedarfslage und andererseits der ausgedünnten Verwaltungsinfrastruktur geschuldet war (Rösel/Sonnenburg 2016: 6). Der Landkreis als Organisationseinheit war mit der Unterbringung beauftragt, allerdings konnten nicht überall Bürgerdialoge und Informationsveranstaltungen in gleicher Weise organisiert werden. In dieser Gemengelage wurde die Zuwanderung von Geflüchteten in

Tabelle 1: Indikatoren und Daten zu Bautzen

	Bautzen	Deutschland
SGB II Quote	4,0 % **	3,7 % **
Ausländeranteil	4,7 % **	10,5 % *
Anteil von Flüchtlingen an der Bevölkerung	1,3 % **	1,2 %*
Bevölkerungsanteil der unter 18-Jährigen	14,8 % *	16,2 % *
Kriminalitätsrate (Straftaten pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner)	5,2 % * [†]	7,8 % **
GMF-Survey: „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“	2,2 [†]	2,6
GMF-Survey: „Die Gruppen, die in unserer Gesellschaft unten sind, sollen auch unten bleiben.“	3,3 [†]	3,6
GMF-Survey: „Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die weniger wert sind als andere.“	3,4 [†]	3,5
GMF-Survey: „Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“	2,7 [†]	3,0

Skala des GMF-Surveys: von 1 = „stimme voll zu“ bis 4 = „stimme überhaupt nicht zu“; gepoolte Daten: 2002-2011;

* = Jahr 2015, ** = Jahr 2016, [†] = Landkreis Bautzen

Teilen der Bevölkerung als Zäsur erlebt, was den Irritationsmoment darstellt (Glorius/Schondelmayer/Dörfel 2018; Kurtenbach 2018: 71). Die Proteste und Diskussionen um die Unterbringung Geflüchteter war daher auch von rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppen bestimmt.

Um die Deutung von Konflikten zwischen Deutschen und Geflüchteten in Bautzen zu untersuchen, wurden während einer Feldforschungsphase zwischen dem 20. April 2017 und dem 15. Juni 2017 insgesamt 106 leitfadengestützte Interviews von vier Interviewern, darunter eine gebürtige Bautzenerin und ein arabischsprachiges Teammitglied mit eigener Fluchtgeschichte, geführt. Dabei umfasst die Erhebung vier Gruppen, deren Kategorien vor der Erhebung festgelegt wurden und sich nicht an der internen Differenz orientieren. Diese sind länger ansässige Bürger (B; N = 27), Geflüchtete (G; N = 30), Politiker (P; N = 16), Vertreter zivilgesellschaftlicher und öffentlicher Organisationen (Z; N = 33). Die Interviewpartner konnten durch persönliche Ansprache während der Feldforschungsphase gewonnen werden. Eine Ausnahme bildeten Politiker, welche im Vorfeld bereits für einen Termin angefragt worden waren. Interviews mit offen bekennenden Rechtsextremisten wurden nicht gesucht, da sie zum einen nicht im Fokus der Untersuchung waren und zum anderen auch nicht für Interviews zur Verfügung standen. Für eine Bewertung der Ergebnisse ist damit anzumerken, dass das Ausmaß der Ausgrenzung von Geflüchteten bzw. ihrer Rechtfertigung eher unterschätzt wird. Alle Interviews wurden transkribiert und anschließend kategoriengestützt mithilfe der

Analysesoftware MAXQDA 12 ausgewertet. Die Analyse ist inhaltsanalytisch angelegt, um zum einen die Normalitätsverschiebung und zum anderen die legitimierte Ausgrenzung Geflüchteter zu untersuchen. Tabelle 2 enthält die in den Interviews gestellten Leitfragen.

5 Auswertung der qualitativen Interviews

Durch die Auswertung der qualitativen Interviews kann die Wirkung des Raums untersucht werden. Das Modell feindseliger Orte dient als interpretativer Referenzrahmen für die empirische Untersuchung. Diese konzentriert sich auf die prägenden Sichtweisen der jeweiligen Gruppe, wobei zwei Aspekte im Vordergrund stehen. Zum einen geht es um die Wahrnehmung einer Normalitätsverschiebung. Dazu werden vor allem Vergleiche der aktuellen Zeit mit der vor der Unterbringung Geflüchteter angestellt, aber auch Hinweise zu prägenden Gruppen in der Stadtgesellschaft, die als normsetzend gesehen werden, aufgenommen. Durch diese sozialkulturelle Veränderung müsste es, folgend dem Modell feindseliger Orte, zu einer Ausgrenzung von Geflüchteten kommen, welche von weiten Teilen der Bevölkerung als legitim angesehen wird. Zum anderen geht es um die Beschreibung möglicher Ausgrenzung von Geflüchteten, in Form von Herabsetzung bis hin zur Billigung von Gewalt gegen die als fremd markierte Gruppe, was den Kontexteffekt bildet. Sollten sich in allen Untersuchungs-

Tabelle 2: Übersicht der in den Interviews gestellten Leitfragen

Frage	B	G	Z	P
Was ist Bautzen für eine Stadt? Was wohnen hier für Menschen?	X		X	X
Bautzen stand in der letzten Zeit immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit, wegen den Konflikten zwischen Flüchtlingen und Bewohnern der Stadt. Wie haben Sie das erlebt? Was sind die Gründe für die Konflikte?	X	X	X	X
Viele der Geflüchteten sind Muslime. Was denken Sie über das Miteinander der Kulturen?	X		X	X
Fühlen Sie sich von der Politik gut vertreten?	X		X	
Wie würden Sie das Miteinander in Bautzen beschreiben?	X		X	X
Gibt es hier Orte, die man besser meidet, oder Tageszeiten, an denen man nicht draußen sein sollte?	X	X	X	X
Was sind Ihre Erwartungen an die zukünftige Entwicklung in Bautzen?	X		X	X
Beispielsweise hat Joachim Gauck im letzten Jahr Bautzen besucht und wurde als Volksverräter beschimpft. Wieso sind hier viele Menschen gegenüber Politikern so skeptisch eingestellt? Haben Sie auch schon einmal solche Erfahrungen gemacht?				X
Haben Sie deutsche Freunde?		X		
Welche Erfahrungen haben Sie mit Ämtern und öffentlichen Einrichtungen in Bautzen gemacht?		X		
Was sind Ihre Erwartungen an Ihre Zukunft?		X		
Bitte beschreiben Sie die Arbeit Ihres Vereins/Ihrer öffentlichen Einrichtung.			X	

B = Bürger, G = Geflüchtete, Z = Vertreter zivilgesellschaftlicher und öffentlicher Organisationen, P = Politiker.

gruppen sowohl Anhaltspunkte für eine Normalitätsverschiebung als auch für einen Kontexteffekt, in Form einer nicht widersprochenen Ausgrenzung Geflüchteter, finden, ist dies als bestätigender Hinweis des Modells feindseliger Orte zu werten.⁴

5.1 Sichtweise von Bürgern

Bei der Auswahl der Interviewpartner war es Absicht, vor allem, aber nicht ausschließlich, jene zu interviewen, die nirgendwo organisiert oder ehrenamtlich aktiv waren. Bei den Befragten in dieser Gruppe sind fünf Themen prägend. Erstens ist die wahrgenommene kulturelle Distanz zwischen Deutschen und Geflüchteten prägend, die eine Belastung für das Miteinander darstelle. Dabei sind die Vorbehalte gegen Geflüchtete keiner einzelnen Gruppe zuzuordnen, sondern werden als Haltung der gesamten (Stadt)gesellschaft gesehen.

„Aber es ist generell schon verbreitet in der Gesellschaft, und das kann man sagen, das ist nicht bloß bei denen, wo man sagt, die haben nicht viel in der Birne oder die hängen hier an Hartz IV oder an der Flasche oder irgendetwas und fühlen sich total benachteiligt, sondern das ist in allen, sage ich mal, Gesellschaftsschichten oder Gruppen verbreitet und, hat man ja immer wieder auch gehört, dass da Geschäftsleute, die da auch relativ rechts unterwegs sind und alles sowas. Also ich denke mal, das ist wirklich weit, weit verbreitet. Ob das nun die Masse ist, glaube ich nicht. Aber die Masse ist eben still. Das ist das Problem“ (B_13).

Aus dem Zitat wird deutlich, dass es eine Duldung bis hin zu einem impliziten Einverständnis gegenüber der Ausgrenzung von Geflüchteten gibt, wofür Referenzgruppen hinzugezogen werden, was auf eine Normalitätsverschiebung hinweist. Dieses implizite Einverständnis gegenüber der Ausgrenzung Geflüchteter tritt auch zutage bei Aussagen zum Brand der geplanten Unterkunft für Geflüchtete im Februar 2016, welcher nicht aufgeklärt ist und damit nicht eindeutig als fremdenfeindliche Tat identifiziert werden kann. Für die Untersu-

⁴ Die im Folgenden diskutierten Auszüge aus den Interviews stehen stellvertretend für den jeweiligen Einzelaspekt. Für weitere Aspekte vgl. Kurtenbach (2018).

chung des Miteinanders ist aber weniger das Tatmotiv entscheidend, vielmehr die Deutung der Tat selbst. Hier ist eine Distanzierung von den Mitteln, das heißt des Brandanschlags, zu erkennen, aber eine Begrüßung der Folge, dass dort keine Geflüchteten untergebracht worden sind.

„[...] ne und ab dort welche in den Husarenhof wo es dann gebrannt hat aber dort und weshalb das dann gebrannt hat und so. Das hat sich nie richtig. [...] Dass die Leute da natürlich danebenstehen und klatschen ist, ist nicht angebracht. Dass aber die Flüchtlinge nicht gewollt [sind], da gibt's auch keine Frage“ (B_17).

Das zweite Thema ist die wahrgenommene Erosion des stadtgesellschaftlichen Zusammenhalts. Hierfür wurden Metaphern wie „zerrissen“, „zersplittert“ oder „gespalten“ genannt. Durch Konflikte, die sich um das Thema der Zuwanderung Geflüchteter aufspannten, formierten sich unterschiedliche Meinungsgruppen. Dadurch wurden eher Unterschiede als Gemeinsamkeiten in der Stadtgesellschaft betont, was als Rückgang des Miteinanders empfunden wurde. Die benannte Spaltung der Stadt zielt vor allem auf soziokulturelle Unterschiede ab, die darauf hinweisen, dass radikale Gruppen, und nicht wie es hier heißt, die „Normalbevölkerung“, die Deutungshoheit besitzen. Daraus folgt, dass ebenjene Gruppen, und durch die anfängliche Aufzählung liegt der Schluss nahe, dass es sich um, wie es in einem Interview heißt, „rechts angehauchte Menschen“ handelt, sich bestärkt fühlen, ihre Deutungsmuster zum stadtgesellschaftlichen Orientierungspunkt zu erklären. Das wiederum weist darauf hin, dass sich diese eher radikaleren Gruppen, in Folge einer Normalitätsverschiebung, in ihrer Deutung bestärkt gefühlt haben, was wiederum zur Legitimation der Ausgrenzung Geflüchteter beiträgt.

Drittens ist die Meinung, dass man in Bautzen vermeintliche Parallelgesellschaften wie in den Großstädten verhindern wolle. Dies ist ein Ausdruck gewollter Homogenität, welcher sich in der Literatur zu Kontexteffekten in großstädtischen Quartieren so nicht findet, allerdings in der Argumentation von Wohnwünschen von Familien (Frank 2014: 365).

„Bei uns sind es relativ wenig Flüchtlinge. Das verläuft sich. Ich war ja in Berlin, da sind ja nur Ausländer. Wenn man in Mannheim ist, da rennen nur Burkas rum, nicht Burkas, sondern Kopftücher. Bei uns ist der Ausländeranteil verschwindend gering. Aber trotzdem“ (B_12).

In weiteren Interviewpassagen wird davon berichtet, dass man sich bereits vorher durch die sehr geringe Anzahl vietnamesischer Zuwanderer überfremdet gefühlt habe, was im Nachhinein als überzogen bewertet wird. Nun sei es aber eine andere Situation, da im Stadtbild wesentlich mehr Menschen, wie es im Interview heißt, mit „dunklerer Hautfarbe“ zu sehen seien. Solche artikulierten Fremdheitsmarker sind Teil alltäglicher Differenzenerfahrung, was die soziokulturelle Homogenitätspräferenz stört. Um diese wiederherzustellen oder zu bewahren, wird Ausgrenzung und in der Konsequenz Gewalt gegen als fremd markierte Gruppen sozial legitimiert.

Das vierte Thema bezieht sich auf Aussagen zu Sozialneid, Arbeit und Verleugnung der Schutzbedürftigkeit Geflüchteter. Hier ergibt sich ein widersprüchliches Bild. Einerseits wird von den Geflüchteten gefordert, dass sie arbeiten sollten, da ihre Unterbringung zu viel Geld kosten würde, was auch mit der Attribution wie Faulheit oder Unvermögen vonseiten der Geflüchteten verknüpft wird. Andererseits wird proklamiert, dass es nicht genügend Arbeitsplätze gebe und Deutschen so die Möglichkeit zum Gelderwerb erschwert werde.

„Warum eigentlich, kommen her und kriegen alles? Nichts gemacht und wir müssen für alles bezahlen, für alles. Was ich auch so schlimm finde. Wir haben ein Leben lang die SV [Sozialversicherung] Beiträge bezahlt, ne?“ (B_17).

Verbunden mit dem Gefühl der unrechtmäßigen Bevorzugung von Geflüchteten wird auch ihr Erscheinungsbild analysiert und ein gepflegtes Aussehen und der Besitz eines Smartphones werden als Beweise eines unrechtmäßigen Wohlstands gedeutet und damit ihre Schutzbedürftigkeit negiert.

„Da sind Asylanten, geht's euch an, die sind gut gekleidet, die sind jung, die haben hier das Handy, hier das moderne Handy, sind arbeitsfähig, kommen hier her und machen nichts. Geben sich als Kriegsflüchtlinge aus aber so wie sie aussehen, haben die nie den Krieg gesehen. Also sie werden als, wie soll ich sagen, als Schmarotzer bezeichnet“ (B_12).

Die Negierung der Schutzbedürftigkeit konzentriert sich besonders auf junge Männer, die zugleich als Bedrohung wahrgenommen werden. Sie sollten, so eine in mehreren Interviews geäußerte Meinung, in ihrem Heimatland verbleiben und kämpfen bzw. ihre Familie beschützen. Dieser Gruppe werden zwei idealtypische Figuren entgegengesetzt: zum einen deutsche Mädchen bzw. junge

Frauen als besonders zu schützende Gruppe und zum anderen deutsche junge Männer aus der Stadt als idealisierte Gegenmacht, die legitimiert ist, sich vermeintlich zur Wehr zu setzen. Bei diesem Thema werden, als Folge einer Normalitätsverschiebung, Bedrohungserwartungen und unerfüllbare Forderungen auf die Figur des Geflüchteten projiziert, welche zur Legitimation seiner Ausgrenzung führt. Die formulierten positiven Erwartungen, wie Erwerbstätigkeit, können, aufgrund rechtlicher Regelungen und sprachlicher Barrieren, teils nicht erfüllt werden, was zu einer Enttäuschung, und damit einem negativen Bild, führen muss.

Das fünfte Thema ist die wahrgenommene Ausgrenzung von Geflüchteten. Dabei zeigt sich das Muster, dass nur diejenigen Befragten Ausgrenzung von Geflüchteten wahrnehmen, die direkten Kontakt mit ihnen haben. Wenn kein Kontakt besteht, dominiert das Gefühl der eigenen Benachteiligung und Fremdenfeindlichkeit in der Stadt wird negiert.

5.2 Sichtweise von Geflüchteten

Die Interviews mit Geflüchteten wurden auf Arabisch (N = 28) oder Englisch (N = 2) geführt und die Transkripte von einem Übersetzungsbüro ins Deutsche übertragen. Diese Gruppe kann nur über die Folgen des Kontexteffekts in Form erlebter Ausgrenzung berichten. Geprägt sind die Interviews von Erzählungen und Deutungen über erlebte Anfeindungen und Ausgrenzung in Bautzen. Dabei sind unterschiedliche Arenen der Exklusion zu unterscheiden. Im öffentlichen Raum sind es seltener gewalttätige Übergriffe, wenn auch über diese berichtet wurde, als häufiger die empfundene Feindseligkeit durch kleine Gesten, was wiederum Frust erzeugt.

„Wenn man in dieser Stadt durch die Straßen geht, dann bemerkt man die feindseligen Blicke der Leute. Wenn man in irgendeinen Laden geht, wird man schlecht und diskriminierend behandelt. Das geht bis hin zu einem Punkt, dass man anfängt sie zu hassen und ihnen etwas antun zu wollen, dass sie stört und wütend macht“ (G_27).

Eine weitere Arena sind Institutionen, wie z. B. Schulen. Hier wird vonseiten der Eltern berichtet, dass ihre Kinder, aufgrund ihrer Herkunft, von Mitschülern schlecht behandelt werden. Lehrer wiederum sanktionieren diese Form der Gewalt nicht. Das bedeutet, dass selbst in den Einrichtungen, in denen Integration organisiert werden und

gelingen soll, Ausgrenzung erfahren und ihr nicht entgegengetreten wird.

„Mein Sohn ist neun. Er wird in der Schule verprügelt. Sie gehen mit mehreren auf ihn los und sind meist größer als er. Das ist mehr als einmal passiert. Die neue Rektorin befürwortet die Nazis und beschuldigte meinen Sohn, indem sie sagte: ‚Du kommst neu in die Schule und schlägst die Kinder‘, anstatt den Kindern einen Verweis zu geben, die ihn angegriffen haben. Mein Sohn hasst es inzwischen sogar, zur Schule zu gehen und oft will er gar nicht hingehen“ (G_18).

Solche Handlungen beziehen sich auch auf andere Einrichtungen, wie den ÖPNV. Geflüchtete berichteten wiederholt davon, dass sie von Busunternehmen nicht mitgenommen wurden.

„Als ich noch im Heim lebte, das weit von Bautzen entfernt war, wollte ich in die Stadt fahren. Ich stand an der Haltestelle, aber als der Fahrer sah, dass ich ein Flüchtling bin, hielt er nicht an der Haltestelle an. Es waren keine Fahrgäste in dem Bus. Er machte eine obszöne Handbewegung und hielt nicht an, damit ich in den Bus einsteigen konnte. Das passiert uns täglich in Bautzen, und deshalb verlasse ich die Wohnung nicht“ (G_27).

Gleiches gilt auch für die Behandlung durch Ärzte.

„Bei den Ärzten gibt es das Problem der langen Wartezeiten und außerdem weigern sich einige Ärzte, Flüchtlinge in ihrer Praxis zu behandeln“ (G_12).

Zugleich wird wahrgenommen, dass es auch gewalttätige Geflüchtete gibt. Darunter leiden beispielsweise Familien in Heimen, welche Angst vor anderen Bewohnern haben. Zugleich wird von Geflüchteten Verständnis geäußert, dass gewalttätige Geflüchtete Probleme mit der Polizei oder der deutschen Mehrheitsbevölkerung haben. Weiterhin sind den Interviewpartnern mit Fluchtgeschichte Orte und Zeiten bekannt, die gemieden werden sollten, um nicht in Konflikte zu geraten. Das bezieht sich vor allem auf die Innenstadt und besonders mit Beginn der Dämmerung. Alles in allem weist die Perspektive der Geflüchteten darauf hin, dass sie von Ausgrenzung betroffen sind und diese in mehreren Arenen wahrnehmen. Das wiederum legt den Schluss nahe, dass es sich um die Folge eines Kontexteffekts handelt,

dem eine Normalitätsverschiebung zugrunde liegt, da sie sich sowohl auf die Mehrheitsbevölkerung als auch auf Institutionen bezieht.

5.3 Sichtweise von Politikern

Bei dieser Gruppe handelt es sich sowohl um aktive, um ehemalige ehrenamtlich tätige Politiker als auch solche, die schon einmal einer entlohnten Betätigung als Politiker nachgingen, wie z. B. Parlamentarier. Zum Schutz der Identität werden keine Angaben zur Person gemacht, sodass eine Auswertung beispielsweise nach Parteizugehörigkeit nicht möglich ist. Zwei Themen prägen die Aussagen. Das erste befasst sich mit der Wahrnehmung von Konflikten zwischen Deutschen und Geflüchteten. Hier werden rechtspopulistische Plattformen, wie die Pegida-Demonstrationen im nahen Dresden, als prägende Elemente genannt. Rechtspopulistische Diskursteilnehmer haben das soziale Klima in der Stadtgesellschaft so beeinflusst, dass vorher vorhandene Vorbehalte gegen Ausländer nun auch in Handlungen übersetzt werden. Offenbar haben sich extreme Gruppen und Einzelpersonen zu ausgrenzenden Handlungen gegenüber Geflüchteten berechtigt gefühlt, was sowohl auf eine Normalitätsverschiebung als auch auf einen Kontexteffekt hinweist. Dabei wird die fremdenfeindlich aufgeladene Stimmung im Zuge der Unterbringung von Geflüchteten in Bautzen mit einer vorhandenen rechtsextremistischen Szene in der Region verknüpft. Das weist darauf hin, dass Handlungen von (vorherigen) Randgruppen nun als legitim erscheinen. Solche Randgruppen fühlen sich ermächtigt, gewaltsam gegen Geflüchtete vorzugehen. Demnach hat die Mehrheitsgesellschaft bei der Deutung der Konflikte eine zentrale Rolle inne, da sie fremdenfeindliche und gewalttätig handelnde Gruppen erst in die Position bringt, gegenüber Geflüchteten sanktionsarm diskriminierend zu agieren. Das geschieht durch die Formulierung eines impliziten Einverständnisses gegenüber der Ausgrenzung – was weniger als eine offene Unterstützung als vielmehr die Wertschätzung der Folgen von Übergriffen bedeutet – bzw. dass über solche Vorfälle nicht gesprochen wird, was folgendes Zitat verdeutlicht.

„Also es gibt ein gewisses Verständnis wahrscheinlich für Ausländerhass. Aber soweit würde ich jetzt nicht gehen zu sagen: es gibt eine breit getragene Unterstützung für diesen Gewaltakt [Brand des Husarenhofs]. Aber es gibt ein breit getragenes Bedürfnis, dass da jetzt nicht noch groß weiter drüber geredet wird. Aber zum Beispiel bei der

Platte, da würde ich schon sagen die Tatsache, dass diese Gewalt auf der Platte nicht zurückgewiesen wird gegen Geflüchtete hängt ganz viel damit zusammen, dass man selber ja auch skeptisch sieht und das woanders auch stört, dass da jetzt so viele junge syrische und schwarze Männer vor dem Einkaufszentrum rumhängen“ (P_1).

Das zweite Thema umfasst Berichte zu erfahrenen Anfeindungen im Zuge der Unterbringung Geflüchteter, was ebenfalls Teil des Kontexteffekts ist, sich aber nicht auf Geflüchtete bezieht. Deutschlandweit bekannt wurden die tumultartigen Diskussionen zwischen aufgebrachten Demonstranten und dem Oberbürgermeister im September 2016 auf dem innerstädtischen Kornmarkt. Hier ist ein Muster zu erkennen: Diejenigen, welche hauptamtlich ein politisches Amt oder Mandat bekleiden, berichten häufiger von Anfeindungen, welche zugleich auch gewaltsamer sind. Bei ehrenamtlich tätigen Politikern sind es vor allem Kristallisationsereignisse, wie Informationsveranstaltungen zur Unterbringung Geflüchteter oder Demonstrationen sowie auf Social-Media-Plattformen, bei denen sie Anfeindungen erlebt haben. Nachdem die Flüchtlingsheime eröffnet waren, ließen die Anfeindungen gegenüber ehrenamtlichen Politikern nach.

5.4 Sichtweise von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren

In dieser Gruppe wurden die Interviews mit drei Vertretern öffentlicher Organisationen zum Schutz ihrer Anonymität mit denen aus der Zivilgesellschaft zusammengefasst. Es finden sich Aussagen zu zwei Themen. Erstens wird auch hier der gefährdete Zusammenhalt der Stadt diskutiert, wobei stärker die politisch-ideologische Ebene betont wird, wie folgendes Zitat verdeutlicht.

„Es gibt eben hier wirklich, hier sind zwei ganz unterschiedliche Pole die hier leben in Bautzen. Also die, die wirklich dafür sind, dass Bautzen bunt bleibt, dass Bautzen eine Stadt ist, die offen ist, die freier ist und ich bin der Meinung, dass es auf alle Fälle der größere Teil der Stadt ist. Und dann gibt es einen Teil, der dagegen ist. Und dann gibt es viele die so unterschwellig die dann sagen: ‚eigentlich haben sie ja Recht. Und die nehmen uns ja alles weg‘. Ohne, dass sie eine Begründung dafür haben. Also wie kann man die bezeichnen, als Mitläufer kann man

die eigentlich noch gar nicht bezeichnen. Also die steh'n dann da und gucken“ (Z_6).

Das Zitat weist darauf hin, dass Teile der Bevölkerung durch Rechtsextreme und Rechtspopulisten überzeugt wurden, dass Geflüchtete eine Bedrohung darstellen. Allerdings drückt sich die Unterstützung nicht unbedingt im eigenen Handeln aus, sondern in der Billigung und impliziten Unterstützung der Ausgrenzung Geflüchteter durch extreme Gruppen. Die Ursachen der Ablehnung Geflüchteter werden dabei sowohl in entwürdigenden Wendeerfahrungen als auch prekären Arbeitsverhältnissen oder fehlenden Erfahrungen mit Zuwanderung gesucht. Dabei wird weniger die objektive Situation betont als vielmehr die Wahrnehmung einer Bedrohung, welche auch auf biographischen Verlusterfahrungen rekurriert. Zudem wird auch davon berichtet, dass rechtspopulistische Plattformen diese Ängste und Wahrnehmungen ansprechen. Dabei spielen auch Mythen über Geflüchtete und ihre vermeintliche Bevorteilung eine tragende Rolle. So berichtet eine Lehrerin:

„Als die Flüchtlinge gekommen sind, da war das ganz schlimm, also da war in manchen Klassen Pogrom Stimmung, dass ich richtig Angst gekriegt habe und gesagt habe, so geht das nicht. Und da waren auch ganz viele von diesen Vorurteilen, die ja die kommen hierher und Asylmissbrauch, und dann melden die sich drei Mal an, und dann melden sie ihre Kinder an, und dann das Übliche. Und da habe ich gesagt, ach und dann kriegen die hier 4.000 Euro Begrüßungsgeld und lauter solcher Sachen, dann kriegen die die besten Wohnungen, und da habe ich gesagt, das stimmt doch gar nicht. ‚Steht im Netz‘, ja sicherlich, aber das muss doch trotzdem nicht der Wahrheit entsprechen“ (Z_22).

Der Erfahrungsbericht legt den Schluss nahe, dass rechtspopulistische Argumente in Teilen der Bevölkerung mehrheitsfähig geworden sind und zu einer Deutungshoheit über die Situation der Geflüchteten führen, gegen die angekämpft wird. Das hatte nach Einschätzung eines Interviewpartners zur Folge, dass fremdenfeindlich motivierte Straftaten häufiger und fokussierter stattfanden, was für die formulierten Annahmen des Modells feindseliger Orte in Folge einer Normalitätsverschiebung spricht.

„Naja, also was man ablesen kann in den letzten zwei Jahren ist halt, dass es eine ganz klare Verschiebung gab, was die Tatmotivation angeht und hin zu

nem ganz klar rassistischen Tatmotiv, was halt auch so mehr oder weniger die Betroffenen Gruppe ein Stück weit verändert hat. Obwohl rassistische Tatmotive und die betroffene Gruppe halt schon immer Teil rechter Gewalt waren. So und es hat letztendlich eine Fokussierung stattgefunden und das kann man auch ablesen in von den Betroffenen selbst so eine. Ganz oft ist Rassismus einfach das Tatmotiv. Zum anderen ist natürlich immer der öffentliche Diskurs, der teilweise sehr rabiat geführt worden ist und kommt dann natürlich auch die neu rechten Bewegungen wie AfD, wie die rechten Institute, Pegida. Das findet ja überall statt. So in Stadtdiskursen mal größer mal kleiner. Die haben natürlich dazu beigetragen, dass über diese, über diesen oder salonfähig machen das, des Alltagsrassismus so“ (Z_18).

Weiter im Interview heißt es:

„Und das ist halt ganz unterschiedlich so, ne? Je nachdem wie sich so eine rechte Szene aufgestellt hat also ich sag mal von Bedrohungen bis hin zu Körperverletzung, die teilweise organisierte Überfälle sein können, aber halt eben auch über nen Hegemonieanspruch halt weiterhin in Alltagsrassismus reinwürgen und in, ich sag mal sich in einfachen Körperverletzungen, die spontan sich äußern halt, wo dann quasi die, die, die Stimmung der Stadt ne Rolle spielt“ (Z_18).

Der erste Aspekt weist auf eine Normalitätsverschiebung hin, der zweite zeigt die Folgen dieser, was als Kontexteffekt zu verstehen ist. Hier wird über die Ausgrenzung und Anfeindung von Engagierten berichtet, weil sie sich für die als fremd markierte Gruppe einsetzen. Die Übergriffe reichen von Pöbeleien über Sachbeschädigung bis hin zu körperlicher Gewalt, was auch in anderen Interviews berichtet wird.

5.5 Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Interviewauswertung

Eine Normalitätsverschiebung zeigt sich nicht alleine in der vorbereitenden Auswertung des medialen und politischen Diskurses, sondern auch in der Wahrnehmung lokaler Akteure. Besonders der Irritationsmoment rund um die Unterbringung von Geflüchteten war für die Stadtgesellschaft prägend. Seither werden die politisch-ideologischen Differenzen in der Stadt wesentlich stärker wahrgenommen und Politiker berichten teilweise

von tumultartigen Informationsveranstaltungen. Zugleich wird die Beeinflussung des Diskurses durch rechtspopulistische Plattformen, wie Pegida, benannt, welche eine Ausgrenzung Geflüchteter für Teile der Stadtgesellschaft zu legitimieren scheint. Dass es diese gibt, haben Geflüchtete mit zahlreichen Beispielen und in Bezug auf unterschiedliche Arenen verdeutlicht. Dabei wird vonseiten der Mehrheitsgesellschaft eine Hierarchie zwischen Neuankömmlingen und länger Ansässigen hergestellt, die auch mit normativen Rechten in Konfliktsituationen einhergeht. Gewalt vonseiten der Geflüchteten wird nicht geduldet, von Deutschen aber schon, da es Akte der Wehrhaftigkeit seien. Diese asymmetrischen Konfliktordnungen sind ein Hinweis dafür, dass es zur Herausbildung eines feindseligen Ortes für Geflüchtete gekommen ist.

6 Fazit

Die Untersuchung der Ausgrenzung Geflüchteter in Bautzen hat verdeutlicht, dass es sich um einen Prozess handelt, der mehr beinhaltet, als eine bloße Konfrontation zwischen zwei Gruppen. Eingerahmt ist der beobachtete Kontexteffekt in zwei Makrotrends in der Region. Erstens geht es um den Verlust kollektiver Sicherheiten durch das Erleben von Abwanderung und Bevölkerungsrückgang (Swiaczny 2015: 411) und einer Ausdünnung des Staates (Rösel/Sonnenburg 2016: 6) bei gleichzeitigem Wandel eines Fürsorgestaats hin zu einem meritokratischen Wohlfahrtsstaat (vgl. Mayer/Solga 1994). Zweitens geht es um den Verlust individueller Sicherheiten, was die Abwanderung von Familienmitgliedern – junge Menschen, die Ausbildungsverhältnisse in den alten Ländern oder Großstädten eingehen – einschließt, aber auch Familienmitglieder meint, die für ihre Arbeitsstelle unter der Woche in andere Regionen pendeln. Hinzu kommt, dass die Arbeitsverhältnisse in der Region häufig prekär und Betriebe ohne Tarifbindung sind. Das Ineinandergreifen beider Aspekte führt zu kollektiven Desintegrationserfahrungen, was eine Normalitätsverschiebung leichter ermöglicht.

Die Zuwanderung Geflüchteter, die als eine politische Entscheidung wahrgenommen wurde, die konträr zu den verbreiteten Einstellungen lag, war der Irritationsmoment des lokalen Gemeinwesens, auch weil partizipative Bürgerdialoge überwiegend ausblieben und der Landkreis so groß ist, dass nicht überall in kurzer Zeit solche Dialoge in ausreichendem Maße durchgeführt werden konnten. Rechtspopulistische Plattformen nahmen diese Stimmung auf und kanalisieren die Empörung von

Menschen zu gezielten Demonstrationen. Dabei konnte auf ein relativ ausgeprägtes Vorurteilsreservoir aufgebaut werden, welches es bereits vor der Unterbringung Geflüchteter und auch bereits vor der Wende gab. Dies umfasste nicht alle Einwohner der Stadt, wie auch am Engagement für Geflüchtete, beispielsweise im Bündnis „Bautzen bleibt bunt“ abzulesen ist. Jedoch wurden in diesem Zeitfenster Anfeindungen von Kommunalpolitikern bei Veranstaltungen zur Realität, im Rahmen derer über die Unterbringung von Geflüchteten informiert werden sollte. Zugleich wurden bei solchen Veranstaltungen fremdenfeindliche Äußerungen getroffen und es wurde nicht widersprochen, was einem Teilen der Einstellungen gleichkommt (Glorius/Schondelmayer/Dörfel 2018). Fremdenfeindliche Einstellungen konnten dann sanktionsarm auch auf der Handlungsebene gezeigt werden, was sich in der Ausgrenzung Geflüchteter in den unterschiedlichen beschriebenen Arenen zeigt. Der Effekt ist, dass die Ausgrenzung Geflüchteter als legitim angesehen wird, was auch mit den Ergebnissen aus dem Forschungsstand übereinstimmt (vgl. Kapitel 2.2.).

Die Antwort auf die Forschungsfrage lautet: Voraussetzung zur Entstehung feindseliger Orte ist der Resonanzraum, im Sinne von sozialstrukturellen Merkmalen und geteilten ablehnenden Einstellungen der Bevölkerung gegenüber einer spezifischen Gruppe, wie Geflüchtete. Zugleich sind Dialogakteure, wie politisch Verantwortliche, im Alltag kaum mehr erfahrbar, z. B. da es aufgrund der Größe der Verwaltungseinheit zu wenige gibt. Somit wird der Staat als schwach angesehen, der zudem im Widerspruch zu den Interessen weiter Teile der Bevölkerung handelt. Der dadurch entstehende Irritationsmoment wird von rechtspopulistischen Gruppen genutzt, die ausformulierte und ausschließende Ideen platzieren können. In der Folge kommt es zu einer Normalitätsverschiebung, was neue Situationsbewertungen sowie die soziale Rechtfertigung ausgrenzender Handlungsweisen mit sich bringt. Bezogen auf Konfliktsituationen zwischen der als fremd markierten Gruppe und länger Ansässigen bilden sich asymmetrische Konfliktordnungen heraus. Dadurch werden länger Ansässigen mehr soziale Rechte in Konfliktsituationen zugesprochen als Neuankömmlingen, hier Geflüchteten. Diese Hierarchie wird als legitim angesehen, weswegen Gewalt vonseiten der als fremd markierten Gruppe besonders negativ gesehen, vonseiten der länger Ansässigen aber verharmlost und entpolitisiert wird.

Weiterer Forschungsbedarf besteht erstens bezogen auf die Konstruktion feindseliger Orte. Es ist zu prüfen, ob sich solche auch in Kontexten von Großstädten ausprägen können und welchen Einfluss die jüngere sozial-

strukturelle Entwicklung spielt. Unklar ist beispielsweise, ob sich ein feindseliger Ort entwickeln kann, wenn das Wohngebiet bereits seit langem armutsgeprägt ist und nicht in jüngerer Zeit eine Transformation durchlaufen hat. Zweitens bedarf es der Untersuchung der Flexibilität von Normalität und wie eine Normalitätsverschiebung rückgängig gemacht werden kann, aber auch, wie genau der Prozess strukturiert ist. Drittens braucht es eine systematische und vergleichende Untersuchung der Wirkung unterschiedlicher Dialogformate in Eskalationsmomenten.

Literatur

- Anderson, E. (1999): *The Code of the Street. Decency, Violence, and the Moral Life of the Inner City*. New York, NY.
- Baldauf, J.; Dittrich, M.; Hermann, M.; Kollberg, B.; Lüdecke, R.; Rathje, J. (2017): *Toxische Narrative. Monitoring rechtsalternativer Akteure*. Berlin.
- Bergmann, K.; Diermeier, M.; Niehues, J. (2017): Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48, 1, 57-75.
- Blasius, J.; Friedrichs, J.; Klöckner, J. (2008): Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil. Wiesbaden. doi: 10.1007/978-3-531-91176-2
- Chetty, R.; Hendren, N.; Katz, L. F. (2016): The Effects of Exposure to Better Neighborhoods on Children: New Evidence from the Moving to Opportunity Experiment. In: *American Economic Review* 106, 4, 855-902. doi: 10.1257/aer.20150572
- Coleman, J. S. (1986): *Social Theory, Social Research, and a Theory of Action*. In: *American Journal of Sociology* 91, 6, 1309-1335.
- Coleman, J. S. (1990): *Foundations of social theory*. Cambridge, MA.
- Crandall, C.S.; Miller, J.M.; White, M.H. (2018): Changing Norms Following the 2016 U.S. Presidential Election: The Trump Effect on Prejudice. In: *Social Psychological and Personality Science* 9, 2, 186-192. doi: 10.1177/2F1948550617750735
- Deitch-Stackhouse, J.; Kenneavy, K.; Thayer, R.; Berkowitz, A.; Mascari, J. (2015): The influence of social norms on advancement through bystander stages for preventing interpersonal violence. In: *Violence Against Women* 21, 10, 1284-1307. doi: 10.1177/1077801215592720
- Elias, N.; Scotson, J. L. (1990): *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt am Main.
- Erbring, L.; Young, A. A. (1979): Individuals and Social Structure. Contextual Effects as Endogenous Feedback. In: *Sociological Methods and Research* 7, 4, 396-430. doi: 10.1177/004912417900700404
- Frank, S. (2014): Mittelschichtfamilien als Adressaten und Motoren der Stadt- und Quartiersentwicklung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 4, 361-372
- Friedrichs, J. (2014): Kontexteffekte von Wohngebieten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 66, Supplement 1, 287-316. doi: 10.1007/s11577-014-0264-7
- Friedrichs, J.; Blasius, J. (2000): *Leben in benachteiligten Wohngebieten*. Opladen.
- Galster, G.; Santiago, A.; Stack, L.; Cutsinger, J. (2016): Neighborhood effects on secondary school performance of Latino and African American youth: Evidence from a natural experiment in Denver. In: *Journal of Urban Economics* 93, 30-48. doi: 10.1016/j.jue.2016.02.004
- Glorius, B.; Schondelmayer, A.-C.; Dörfel, R. (2018): „Wandel durch Annäherung“? Gesellschaftliche Konflikte im Kontext der Flüchtlingsunterbringung im ländlichen Sachsen. In: Goebel, S.; Fischer, T.; Kießling, F.; Treiber, A. (Hrsg.): *FluchtMigration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden, 111-139. doi: 10.1007/978-3-658-19036-1
- Grau, A.; Heitmeyer, W. (2011): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 6, 301-304.
- Häfele, J. (2013): *Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität*. Wiesbaden. doi: 10.1007/978-3-531-94201-8
- Häußermann, H.; Schwarze, K.; Jaedicke, W.; Bär, G.; Bugenhagen, I. (2010): *Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung. Schlussbericht*. Berlin.
- Heitmeyer, W. (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main, 15-37.
- Heitmeyer, W. (2003): Beunruhigende Normalität. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 2*. Frankfurt am Main, 299-310.
- Hüpping, S.; Reinecke, J. (2007): Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für die Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 5*. Frankfurt am Main, 77-101.
- Jäckle, S.; König, P. D. (2017): The dark side of the German 'welcome culture': investigating the causes behind attacks on refugees in 2015. In: *West European Politics* 40, 2, 223-251. doi: 10.1080/01402382.2016.1215614
- Jahoda, M.; Lazarsfeld, P. L.; Zeisel, H. (1960): *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziografischer Versuch*. Frankfurt am Main.
- Jesse, E.; Panreck, I.-C. (2017): Populismus und Extremismus: terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD. In: *Zeitschrift für Politik* 64, 1, 59-76. doi: 10.5771/0044-3360-2017-1-1
- Kalter, F.; Kroneberg, C. (2014): Between mechanism talk and mechanism cult: New emphases in explanatory sociology and empirical research. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 66, Supplement 1, 91-115. doi: 10.1007/s11577-014-0272-7
- Kart, M. (2014): Lebenslagen von Jugendlichen in benachteiligten Quartieren Bremens. Kontexteffekte auf Konflikt- und Integrationspotentiale. Wiesbaden. doi: 10.1007/978-3-658-06066-4
- Kurtenbach, S. (2017): *Leben in herausfordernden Wohngebieten. Das Beispiel Köln-Chorweiler*. Wiesbaden. doi: 10.1007/978-3-658-16853-7
- Kurtenbach, S. (2018): *Ausgrenzung Geflüchteter. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen*. Wiesbaden. doi: 10.1007/978-3-658-21799-0

- Latané, B.; Darley, J. M. (1970): *The unresponsive bystander: Why doesn't he help?* Englewood Cliffs, NJ.
- Löw, M. (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main.
- Marth, J.; Grau, A.; Legge, S. (2010): *Fremdenfeindlichkeit: Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht*. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 9. Berlin, 61-83.
- Mayer, K. U.; Solga, H. (1994): *Mobilität und Legitimität: zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen?* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46, 2, 193-208.
- Mudde, C. (2004): *The Populist Zeitgeist*. In: *Government and Opposition* 39, 4, 541-563. doi:10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x
- Nonnenmacher, A. (2009): *Ist Arbeit eine Pflicht? Normative Einstellungen zur Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit und der Einfluss des Wohngebiets*. Wiesbaden. doi: 10.1007/978-3-531-91593-7
- Paluck, E. L.; Shepherd, H. S. (2012): *The salience of social referents: A field experiment on collective norms and harassment behavior in a school social network*. *Journal of Personality and Social Psychology* 103, 6, 899-915. doi: 10.1037/a0030015
- Petzke, M.; Endrikat, K.; Kühnel, S. (2007): *Risikofaktor Konformität*. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 5. Frankfurt am Main, 15-36.
- Piatkowska, S. J.; Hövermann, A. (2018): *A Culture of Hostility and Crime Motivated by Bias: A Cross-National Multilevel Analysis of Structural Influences*. In: *International Criminal Justice Review*. doi: 10.1177%2F1057567718772332
- Rösel, F.; Sonnenburg, J. (2016): *Politisch abgehängt? Kreisgebietsreform und AfD-Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern*. In: *ifo Dresden berichtet* 23, 6, 6-13.
- Rosenberger, S.; Haselbacher, M. (2016): *Populistischer Protest. Mobilisierung gegen Asylunterkünfte in oberösterreichischen Gemeinden*. In: *SWS-Rundschau* 56, 3, 399-421.
- Sampson, R. J.; Bartusch, D. J. (1998): *Legal cynicism and (subcultural?) tolerance of deviance: The neighborhood context of racial differences*. In: *Law and Society Review* 32, 4, 777-804. doi: 10.2307/827739
- Sampson, R. J.; Raudenbush, S. W.; Earls, F. (1997): *Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy*. In: *Science* 277, 5328, 918-924. doi: 10.1126/science.277.5328.918
- Simmel, G. (1996): *Der Streit*. In: Bonacker, T. (Hrsg.): *Konflikttheorien. Eine sozialwissenschaftliche Einführung mit Quellen*. Opladen, 240-262. = *Friedens- und Konfliktforschung* 2.
- Staud, T. (2007): *„Ich gelte als Nestbeschmutzerin“*. Bianca Richter und die Bürgerinitiative *Demokratie anstiften* aus Sachsen. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 5. Frankfurt am Main, 315-324.
- Sutherland, E. H. (1968): *Die Theorie der differentiellen Kontakte*. In: Sack F.; König, R. (Hrsg.): *Kriminalsoziologie*. Frankfurt am Main, 394-399.
- Swiaczny, F. (2015): *Auswirkungen des demographischen Wandels auf die regionale Bevölkerungsdynamik in Deutschland*. In: *Raumforschung und Raumordnung* 73, 6, 407-421. doi: 10.1007/s13147-015-0370-7
- Vehrkamp, R.; Wegschaider, K. (2017): *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Gütersloh.
- Wandschneider, S.; Borstel, D. (2012): *Fallanalyse Dresden*. In: Grau, A.; Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*. Weinheim/München, 223-277.
- Weber, H. (2015): *Mehr Zuwanderer, mehr Fremdenangst? Ein Überblick über den Forschungsstand und ein Erklärungsversuch aktueller Entwicklungen in Deutschland*. In: *Berliner Journal für Soziologie* 25, 4, 397-428. doi: 10.1007/s11609-016-0300-8
- Wikström, P.-O. H.; Oberwittler, D.; Treiber, K.; Hardie, B. (2012): *Breaking Rules: The Social and Situational Dynamics of Young People's Urban Crime*. Oxford.
- Wolf, T. (2017): *Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis*. Wiesbaden. doi: 10.1007/978-3-658-16971-8
- Wolf, C.; Grau, A. (2012): *Relative Deprivation und Abstiegsängste in Sozialräumen*. In: Grau A.; Heitmeyer W. (Hrsg.): *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*. Weinheim/München, 112-131.
- Zick, A.; Küpper, B.; Krause, D. (2016): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände*. Bonn.